1925

Referentenmaterial

zur

Reichspräsidentenwahl 1925

KP

Rededisposition für den zweiten Wahlgang

Als Manuskript gedruckt

A07-05764

Von der Geheimen Staatspolizei beschlagnahmt
und dem Partei-Archiv
der NSDAP. Gau Süd-Hannover-Braunschweig
zur Verfügung gestellt.

13 903

Vorbemerkung.

Die Disposition darf nicht schematisch so angewendet werden, daß alle aufgeführten Punkte vorgetragen werden. Die Rede muß Rücksicht nehmen auf die Zusammensetzung der Versammlung und auf die Struktur der Bevölkerung des Gebietes. Bei sehr starker Industriebevölkerung werden bestimmte Fragen (Beschaffung von Krediten für Kleinbauern und Kleinbürger, Beamtenabbau, die Fragen der Handelspolitik) eine geringere Rolle spielen, die in anderen Gebieten wieder besonders hervorgehoben werden müssen. In Zentrumsgebieten wird man die Frage der Wirtschaft in den Vordergrund stellen und die Religion- und Kirchenfrage völlig zurücktreten lassen, während sie in „aufgeklärten" Gegenden gerade bei der Marx-Kandidatur und in Verbindung mit dem Schulkampf stark hervorgehoben werden muß.

Wir beschränken uns in der Disposition auf die allgemeinen Punkte und auf Stichworte. Das Material im einzelnen finden die Genossen sowohl in der Tagespresse wie in dem übrigen Referentenmaterial. Es ist notwendig, daß sich der Genosse Referent vor jeder Versammlung das Material so zusammenstellt, wie er es für die in Frage kommende Versammlung braucht und nicht erst während des Referats zu suchen anfängt.

Nach Abschluß der Wahlen soll das Material nur noch in losen Einzelblättern herausgegeben werden, die von den Genossen in einer Sammelmappe aufzubewahren sind. Wir ersuchen um Vorschläge, damit wir bei der Aufstellung der Registratur möglichst alle Erfahrungen und Wünsche der Referenten berücksichtigen können (entsprechende Mitteilungen sind an die Zentrale, Zentral-Agitprop zu richten).

Einleitung.

Bei den Wahlen vom 29. März sind 26 Millionen Stimmen abgegeben worden. Fast 12 Millionen Wähler haben ihr Stimmrecht nicht ausgeübt. Der größte Teil von ihnen sind proletarische Wähler. Viele Arbeiter haben sich gefragt, welchen Sinn hat es für uns, zu wählen; im ersten Wahlgang fällt ja doch keine Entscheidung. Insbesondere haben viele mit der KPD. sympathisierende Arbeiter Stimmenthaltung geübt, der kommunistische Kandidat habe keine Aussicht. Für den zweiten Wahlgang ist die Verwirrung in der Arbeiterschaft noch größer. Wie soll sich das werktätige Volk bei der Abstimmung verhalten?

Hat es einen Zweck, den einzigen Arbeiterkandidaten, Thälmann, zu wählen, der ja doch nicht Sieger sein wird, oder soll man unter den bürgerlichen nicht lieber den wählen, der das kleinere Uebel darstellt? Insbesondere soll man nicht lieber Marx wählen, der vielleicht nicht so reaktionär wie Hindenburg ist? Geht es wirklich um das „kleinere Uebel"? Marx oder Hindenburg?

Welcher von ihnen ist das „kleinere Uebel"? — —

Die beiden bürgerlichen Kandidaten sind von der Bourgeoisie aufgestellt, in der bestimmten Erwartung, daß jeder von ihnen, welcher immer gewählt werden mag, sein Amt im Interesse der Bourgeoisie und nur im Interesse der Bourgeoisie ausüben werde. Die Befugnisse, die die Verfassung dem Präsidenten gibt, werden im bürgerlichen Staat nur der Bourgeoisie zugute kommen. Eberts Beispiel beweist das zur Genüge. Gerade Hindenburg hat Ebert in seinem Dankbrief 1918 bestätigt, daß E. die Bourgeoisie hat retten helfen. (Nachrufe der bürgerlichen Presse zitieren, siehe Material „Eberts Erbe".) Der zukünftige Präsident wird schon jetzt auf das Programm der Bourgeoisie verpflichtet. — Marx genau so wie Hindenburg! Letzten Endes war auch Wilhelm Werkzeug der Schwerindustrie, wie das Karl Liebknecht 1914 und während des ganzen Krieges nachgewiesen hat.

Marx wird diesen Plänen ebenso dienen — wie er es als Reichskanzler getan hat. Die Aufstellung Hindenburgs zeigt mit aller Deutlichkeit, daß die deutsche Bourgeoisie neue imperialistische Pläne verfolgt, daß es zu dem Zwecke eine neue Monarchie erstrebt (nicht heute — aber die Richtung der Entwicklung ist so!)

A 07-05764

A) Das Programm der Bourgeoisie.

Daß es bei dem Kampf zwischen Schwarz-weiß-rot und Schwarz-rot-gold nicht um verschiedene Programme geht, ist schon daran zu erkennen, daß weder der Rechtsblock noch der Volksblock Richtlinien über die von ihm vertretene Politik herausgegeben haben, sie arbeiten nur mit Schlagworten und mit persönlichen Vorzügen der Kandidaten („lautere Gesinnung", edler Charakter" usw.). Hat sich doch die „Germania" im Auftrage des „Volksblocks" dagegen verwahrt, als würde von ihm der Sturz der Luther-Regierung betrieben, der Luther-Regierung — als deren Vertrauensmann Hindenburg aufgestellt ist:

„Zum Zwecke der Verhetzung hat die Rechtspresse die Mär erfunden, die Sozialdemokratie habe die Bedingung gestellt, daß bei einer Wahl von Marx auch das Kabinett Luther gestürzt werden müsse. Im Auftrage der Zentrumspartei haben wir zu erklären: Die Sozialdemokratie hat eine solche Bedingung niemals gestellt."

Die SPD., die noch am 29. März im „Vorwärts" geschrieben hatte:

„Das ist eine Frage des deutschen Schicksals und eine Frage des Weltschicksals. Heute wird entschieden nur über Freiheit oder Knechtschaft, über Frieden oder Krieg, vorwärts für die Freiheit, vorwärts für den Frieden, für Demokratie und Sozialismus, vorwärts, vorwärts!",

hat sich acht Tage später nicht für den Sozialismus, sondern für Marx entschieden. Sie schreibt jetzt „vorwärts und durch für die Republik!" Alle die Schlagworte, die im ersten Wahlgang gebraucht werden („ein Wille, ein Weg"; „Fester Kurs für die Republik") kehren jetzt in anderer Fassung wieder, sie sollen lediglich das wahre Programm der schwarz-weiß-rot-goldenen Bourgeoisie verschleiern und dabei vor allem die werktätigen Massen von der Erkenntnis ihrer wirklichen Interessen und vom Kampf um ihre Interessen abhalten. Die Bourgeoisie hofft unter Duldung und Zustimmung des werktätigen Volkes ihr wahres Programm durchführen zu können!

I. Dawes-Politik. Die deutsche Bourgeoisie ist zunächst durch den Versailler Vertrag und Dawes-Plan in ihrer Bewegungsfreiheit eingeschränkt. Die starke Abhängigkeit von der internationalen Bourgeoisie muß sich so auswirken, daß jeder internationale Konflikt zu einem Teil auf Kosten Deutschlands, als eines Kuhhandelsobjekts, ausgetragen wird (Beispiel: Fortführung der Besetzung der Kölner Zone, jetzige Wirtschaftskrise). Die deutsche Bourgeoisie hat sich vorläufig auf den Boden der Dawes-Politik gestellt, da ihr der Dawes-Plan immerhin eine gewisse Existenzmöglichkeit bietet. Die unmittelbare Belastung trifft die breiten Massen der Arbeiter und Verbraucher. Es ist natürlich Unsinn, von nationaler Politik der Schwarz-weiß-roten oder der Schwarz-rot-goldenen zu reden. Zuerst gilt für sie Dawes-Politik, das ist bedingungslose Unterordnung unter die internationale Bourgeoisie für eine entsprechende Gewinnbeteiligung. Hindenburg und Marx, beide Kandidaten für die Dawes-Politik!

II. Garantiepakt und Völkerbund. Bei alledem hofft die deutsche Bourgeoisie auf Grund der Gegensätze zwischen den imperialistischen Großmächten, doch wieder eine eigene imperialistische Rolle spielen zu können. Darum Angebot, die Westgrenze unverändert zu lassen (also ausdrücklich zu-

nächst den Versailler Friedensvertrag noch einmal zu bestätigen, die Preisgabe Elsaß-Lothringens), und Angebot des Eintritts in den Völkerbund, mit dem Hinweis, daß es größere Möglichkeit zur „Landesverteidigung" haben müsse. Dazu Material über Garantiepakt und Völkerbund! Außerdem aus der Note Deutschlands an den Völkerbund:

Die Note Deutschlands an den Völkerbund stellt die Lage sehr klar dar. In der Note heißt es über Deutschlands Lage bei kriegerischen Ereignissen: „In den meisten denkbaren Fällen würde es zum Schauplatz europäischer Völkerbundskriege geradezu prädestiniert sein. Selbst wenn der Friedensstörer nicht ein unmittelbarer Nachbarstaat Deutschlands ist, muß es befürchten, daß der Krieg durch einen ungünstigen Verlauf der militärischen Operationen in sein ungeschütztes Gebiet hineingetragen wird."

Deutschland will sich an den Sanktionsmaßnahmen des Völkerbundes beteiligen. Note Deutschlands an den Völkerbund:

„Auch bei Voraussetzung loyaler Erfüllung der Bundespflichten muß man sich darüber klar sein, daß die fremden Bundestruppen deutschen Boden niemals mit dem gleichen Opfermute verteidigen würden wie ihr eigenes Land. Daß bei solchen Kämpfen die deutschen Truppen keine nennenswerte Rolle spielen könnten, bedarf angesichts ihrer geringen Zahl und ihrer Entblößung von allen modernen Kampfmitteln keiner weiteren Ausführung.

Dies ist eine notwendige Folge der Tatsache, daß die gesamte Organisation des Völkerbundes kaum vereinbar ist mit dem militärischen Uebergewicht einzelner Staaten, gleichviel, ob sie dem Bunde angehören oder nicht. Sie setzt im Grunde einen Rüstungsstand aller Stimmen voraus, bei dessen Bemessung die geographische Lage und die Größe des Gebiets der Länder wenigstens annähernd in gleichem Maße berücksichtigt ist. Diese Voraussetzung wird, soweit Deutschland in Betracht kommt, noch nicht einmal dann gegeben sein, wenn die Abrüstung der übrigen Staaten im Rahmen des Völkerbundprogramms durchgeführt ist, da dieses Programm für die Verringerung der militärischen Machtmittel eine Grenze zieht, die weder die Bedürfnisse der nationalen Sicherheit noch auch die Möglichkeit der Teilnahme an den Sanktionsverfahren beeinträchtigt. Das Niveau des allgemeinen Rüstungsstandes würde danach immer noch weit über dem Niveau des deutschen Rüstungsstandes liegen.

Aus den Schwierigkeiten, die dieses Mißverhältnis für eine Beteiligung Deutschlands an dem Sanktionsverfahren zur Folge hat, gibt es nach Ansicht der deutschen Regierung nur einen Ausweg."

Daß sich diese Außenpolitik offen gegen Sowjetrußland richtet und der Vorbereitung neuer imperialistischer Kriegsabenteuer dient, bei denen die deutschen Werktätigen die Ehre haben sollen, als Kanonenfutter verwendet zu werden, das wird sowohl von der „D. A. Z.", wie von der „Zeit", wie vom „Vorwärts" bestätigt, von demselben „Vorwärts", der am 29. März schrieb: „Heute wird entschieden über Frieden oder Krieg, vorwärts für den Frieden." Wer sich wirklich für den schwarz-weiß-roten oder schwarz-rot-goldenen Kandidaten entscheidet, der stimmt zugleich dieser Politik zu.

Die „Zeit" vom 3. Januar 1925 zitiert Sauerwein aus dem „Matin": „Wenn England die Sicherheit hätte, daß Deutschland, dessen Gewinnung für die Bolschewisten am wertvollsten wäre, sich in loyaler Weise auf die Seite der anderen zivilisierten Mächte Europas in einem Kampfe gegen Asien und den Bolschewismus stellen würde, so würde es gleichgültig sein, ob man in Berlin einige Tausend Maschinengewehre mehr fabriziert, als im Vertrage von Versailles vorgesehen sind."

Die „Zeit" schreibt dazu: „Der französische Artikel eröffnet für eine kluge deutsche Politik viele Möglichkeiten. Wir Deutschen, die wir bisher die Hauptangriffe der bolschewistischen Propaganda auszuhalten hatten, aber den kommunistischen Gedanken, wie die letzten Wahlen zeigen, bereits innerlich überwunden haben, können mit voller Ruhe die prophezeiten Weltverwicklungen ab-

warten. Vielleicht bringt die neue Phase aber doch die Möglichkeit, die deutsche Weltpolitik wieder aktiv zu gestalten."

Es liegt doch auf der Hand, daß die Gefahr eines Friedensbruches von seiten der Sowjetmacht und damit die Hineinziehung Deutschlands in einen Krieg um so geringer wird, wenn Deutschland dem Völkerbunde beitritt. Und wenn vielleicht Rücksichten auf die Empfindlichkeit Rußlands mitsprechen, so muß doch die Frage aufgeworfen werden, ob die mehr oder weniger platonische Freundschaft dieser Macht uns nützlicher ist als das gleichberechtigte Zusammenarbeiten mit den übrigen europäischen Staaten. Wir verneinen sie und verlangen, daß dem Säumen jetzt ein Ende gemacht wird.

Rudi Breitscheid,
im Vorwärts vom 18. März.

Die „Deutsche Zeitung" vom 5. Januar: „Schlechter für Deutschland können die innerpolitischen Verhältnisse in Rußland überhaupt nicht mehr werden. Selbst wenn ein Entente-Großfürst an die Spitze eines restaurierten russischen Kaiserreiches treten sollte, würde das wirtschaftlich und politisch für Deutschland keine Erleichterung bedeuten."

III. Die Wirtschaftspolitik. Marx genau wie Hindenburg für den kommenden imperialistischen Krieg, Hindenburg noch Vollstrecker der Marx-Politik?

Auch da geht es nicht um ein „kleineres Uebel" — sondern für alle bürgerlichen Parteien um den kapitalistischen „Aufbau" auf Kosten der Werktätigen.

1. Die Ziele und ihre Durchführung.

Luther führte in seiner Regierungserklärung vom 19. Januar zur Wirtschaftspolitik unter anderem folgendes aus:

„Die deutsche Wirtschaft muß wieder in die Weltwirtschaft eingegliedert werden. Wir müssen deutsche Erzeugnisse mehr wie bisher ausführen, um dadurch mit der Erhöhung unserer Kaufkraft durch Steigerung des Warenverbrauchs der Welt beizutragen.

Auf innerwirtschaftlichem Gebiet wollen wir dazu helfen, daß alle schaffenden Kräfte des deutschen Volkes zur höchsten Leistungsfähigkeit entfaltet werden."

Der „Aufbau" soll durchgeführt werden durch Ausdehnung des Außenmarktes, durch günstige Handels- und Zollverträge, Steigerung der Produktivität des Produktionsapparates (technische Verbesserungen, durch stärkere Ausquetschung der Arbeiter). Die internationale Abhängigkeit — nicht nur durch Dawesplan — auch durch Kredite und Rohstoffabhängigkeit (Drang nach Kolonien!) macht sich überall bemerkbar.

Die deutsche Bourgeoisie ist nicht imstande gewesen, bisher die Wirtschaftsprobleme zu lösen, genau so wenig, wie die internationale Bourgeoisie die allgemeine Krise für die Dauer zu überwinden vermag. (Internationale Kohlenkrise, Textilkrise, Zunahme der Erwerbslosigkeit in England, zur Zeit über 1 Million 200 000, das sind hunderttausend mehr als im April 1924, neue Frankenkrise in Frankreich.) Die internationale Krise wirkt sich unmittelbar am stärksten für Deutschland aus.

Auf den Halden des Ruhrgebiets liegen unverkäuflich 9 Millionen Tonnen Kohle. Die deutsche Eisenindustrie ist der französischen Konkurrenz nicht gewachsen: Das Lothringer Eisen schlägt in Süddeutschland das deutsche Eisen aus dem Feld, obwohl seit Januar ds Js. die lothringische Eiseneinfuhr wieder mit einem deutschen Zoll belastet ist. Die deutsche Industrie klagt, sie sei nicht konkurrenzfähig, weil die Eisenbahnfrachten zu teuer sind. Aber die Reichsbahngesellschaft kann die Frachten nicht abbauen, denn sie mußte im Februar 100 Millionen Goldmark an die Reparationskasse abführen, und weitere Riesenzahlungen stehen bevor.

Die deutsche Großbourgeoisie schiebt sich weiter mit Dumpingausfuhr, also Verschleuderung der deutschen Waren zu jedem Preis, und mit immer neuen Pumpgeschäften in Amerika. Inzwischen wächst der Widerstand der nicht-

kapitalistischen Schichten gegen die regierende Großbourgeoisie. Der letzte Eisenbahnerstreik war trotz allem ein deutliches Warnungszeichen, und die gegenwärtige Bewegung der Berliner Metallarbeiter ist es nicht minder. Die Mittelschichten rebellieren in der Aufwertungsfrage, und die Weinbauern Süd- und Westdeutschlands haben der Industrie den deutsch-spanischen Handelsvertrag zerrissen.

Die deutsche Bourgeisie, die anderthalb Jahre lang, seit der Oktoberniederlage des Proletariats 1923, von beneidenswertem Optimismus erfüllt war, wird nachdenklich. Es gibt in der jetzigen Situation zwei Rezepte, das eine ist: der bedingungslose Anschluß an die Entente, Eintritt in den Völkerbund um jeden Preis, d. h. Eintritt in das antibolschewistische Bündnis gegen Rußland. Zustimmung zur Militärkontrolle des Völkerbundes im Rheinland. Als Gegenleistung erwartet der Teil der deutschen Bourgeoisie, der so rechnet, die außenpolitische „Sicherheit". Also keine neuen Eingriffe Frankreichs, keine Schikane, ein erträglicher Handelsvertrag mit Frankreich, um der Schwerindustrie Luft zu machen, und weiterer Zufluß amerikanischer Kredite.

Es scheint, als ob Stresemann und Luther sich für diesen Weg entschieden hätten; denn seit Wochen behaupten die Zeitungen Englands, die mit der Diplomatie die besten Verbindungen haben, daß die deutsche Regierung jetzt zum bedingungslosen Eintritt in den Völkerbund bereit ist. Stresemann hüllt sich in Schweigen, dementiert diese Meldungen nicht und verschleppt die Debatten über Außenpolitik im Reichstag wie im Auswärtigen Ausschuß.

Die Preußischen Handeskammern berichten über die Wirtschaftslage:

„Im Monat März änderte sich die Wirtschaftslage nicht wesentlich. Die Absatzkrise auf dem Kohlenmarkt hielt an. In der Groß-Eisenindustrie trat durch die Verlängerung der Rohstahlgemeinschaft und den Fortgang der Verhandlungen mit Frankreich und Belgien eine Belebung des Inlandsgeschäfts ein. Die geringe Entwicklung des Außenhandelsgeschäfts prägt sich in der zunehmenden Passivität der Handelsbilanz aus. Eine Herabminderung der Produktionskosten wird immer dringender. Dennoch stiegen die Löhne etwas, während die Materialkosten sich nicht wesentlich veränderten. Allgemein wird eine Herabsetzung der Steuern, insbesondere der Gemeindesteuern und der Eisenbahntarife, zur Aufrechterhaltung der Konkurrenz auf dem Weltmarkt als notwendig bezeichnet. Das Messegeschäft war schlecht."

Das ist kurz und bündig. Das ist das Bekenntnis, daß die Wirtschaft stagniert. Das ist die Ankündigung weiterer Offensiven des Großkapitals, das jetzt schon gegen die Berliner Metallarbeiter losschlägt.

Felix Pinner in der Wirtschaftsübersicht des „Berliner Tageblatts" vom 4. April abends, ergänzt die Handelskammerberichte durch Bemerkungen über die internationale Wirtschaftslage:

„Der internationale Getreidecorner ist zerplatzt, die Wollpreise, seit langem die pièce de résistance der Textilteuerung, mußten sich einen kräftigen Abschlag gefallen lassen, auch die internationalen Metallpreise sind ins Gleiten geraten. Nur die Preise für amerikanische Baumwolle werden noch — aber mit einer gewissen Mühsamkeit — gehalten, während der Preisstand der qualitativ besseren ägyptischen Baumwolle, der auch bei der Hausse ständig ein paar Ellen voran war, bereits einen empfindlichen „Klaps" erhalten hat."

Verfehlte Spekulationen, Bankrotte und Preisstürze sind noch keine Krise. Dennoch mehren sich die Anzeichen, daß zur Stagnation in Deutschland neue schwere Wirtschaftserschütterungen auch in anderen europäischen Ländern treten.

*

Die Kohlenkrise, die in Deutschland wütet, ist international. Sie hat Belgien ergriffen. Sie legt die englischen Zechen still. Immer mehr englische Gruben stellen ihren Betrieb ein. Eine immer größere Zahl von ihnen geht zur Kurzarbeit über. Die Preise sinken weiter. Der englische Kohlenmarkt

stagniert. Das Massenheer der englischen Arbeitslosen, das seit dem Frieden sich nur wenig vermindert hat, erhält von den feiernden Bergarbeitern neuen Zustrom. Die englische Textilindustrie unter dem Druck der immer mächtiger werdenden Konkurrenz der vom Imperium selbst gezüchteten Kolonialindustrie ist seit Jahren aus der Krise nicht herausgekommen.

Von den 10 Millionen Tonnen Haldenkohlen an der Ruhr haben die Zechen drei Viertel bezahlt bekommen, obwohl die Kohlen nicht verkauft wurden. Sie wurden bezahlt von den Syndikatsumlagen. Das Syndikat wurde zum Mittel der „Krisenlinderung" dadurch, daß es unverkäufliche Kohle selbst kaufte. Aber wer bezahlt diese Syndikatsumlagen? Sie sind ein notwendiger Bestandteil in der Selbstkostenrechnung der Zechenherren. Sie verteuern die Kohlen für die, die sie zur Aufrechterhaltung ihrer Betriebe brauchen müssen. Die Syndikatsumlage und die Syndikatsbindung werden so aus einem kapitalistischen Mittel zur Krisenvermeidung ein Hemmnis gegen die Herabsetzung der Kohlenpreise — sie wirken sich selbst als Krisenursache aus.

*

Das zweite große Heilmittel für die deutsche Wirtschaft sind die Auslandskredite gewesen. Hören wir, wie der bürgerliche Felix Pinner ihre Wirkung auf die unter Zusammenbrüchen alter Konfektionshäuser leidende Textilindustrie sich äußert:

„Die deutschen Verarbeiter ausländischer Waren, namentlich die Textil- und Metallproduzenten, haben ihrerseits zumeist kurzfristige Auslandskredite zur Einfuhr der fremden Rohstoffe erhalten. Sie haben diese Kredite zum Teil in Form inländischer Wechselkredite weitergegeben, und der Großhandel hat seinerseits in noch stärkerem Umfange die Käufe des Einzelhandels durch längere Zielgewährung, zumeist gleichfalls in der Form der Wechselkredite, ermöglicht. . . . Darin hätte nichts Bedenkliches gelegen, wenn der Endkonsum die von den Händlern gegen Wechselkredit gekauften Waren wirklich restlos oder zum größten Teil aufgenommen hätte. Dann würde sich ein glatter Rundlauf in den Zahlungen ergeben haben. . . . Da aber der Endkonsum in weitgehendem Maße versagte, mußten Stockungen im Zahlungsverkehr eintreten, und in diesen Stockungen liegt einer der Hauptgründe für die vielen Insolvenzen, die heute, nach dem Entgleisen des oben erwähnten Kreislaufes, namentlich über das Textilgewerbe, hereinbrechen."

Also: der kurzfristige Auslandskredit hat eine Händlerkonjunktur geschaffen. Mit Hilfe des Auslandskredits haben die Fabrikanten den Großhändlern und diese den Kleinhändlern gepumpt. Diese haben mittels des Kredits gekauft, aber die letzten Käufer, die Werktätigen mit ihren Hungerlöhnen, blieben bei den gegen 1913 doppelt und dreifach teuren Preisen aus. Die Kette zerriß, als die Kredite fällig wurden. Die Insolvenzen sind da. Die Krise bricht aus. Die Dawes-Konjunktur, gestützt auf die Auslandskredite, erweist sich als Scheinkonjunktur. Die Kredite, die die Krise überwinden sollten, helfen ihren Ausbruch herbeiführen.

*

Die deutsche Wirtschaft erscheint als stabilisiert, weil die deutsche Mark im Dollar stabilisiert ist, weil die Stützen des Dawes-Paktes den deutschen Kapitalismus aufrecht halten. Aber jedem Aufschwung auf einem Teilgebiet des Wirtschaftslebens folgt nach wenigen Wochen ein um so tieferer Absturz und mit jeder neuen Krise schneidet die Fessel des Dawes-Paktes immer tiefer in die Glieder der deutschen Werktätigen.

2. Die „Lastenverteilung". Alle Schwierigkeiten haben die Werktätigen zu tragen.

Luthers Programm stellte eindeutig die Richtlinie auf, daß die Kosten der Wirtschaftspolitik von den Werktätigen zu zahlen sind:

a) das Proletariat:

1. Weiterer Abbau des Achtstundentages und weitere Verlängerung der Arbeitszeit dort, wo der Achtstundentag bereits abgebaut war. Acht-

stundentag bei den Kokerei- und Hüttenarbeitern, trotz des Versprechens des Arbeitsministers Brauns am 1. April nicht durchgeführt, bzw. nur für einen kleinen Teil, neues Ueberschichtenabkommen für die Bergarbeiter, Verschärfung der Dienstdauervorschriften bei den Eisenbahnern, Zwölfstundenschicht in den Papierfabriken;

2. Lohndruck. Durchschnittslöhne 60% der Friedenszeit, Einzelheiten im früheren Material; Frauen-, Kinderarbeit, Hungerlöhne der Frauen, Jugendliche, Heimarbeiter;

3. Betriebsstillegungen und -einschränkungen; Aussperrung in der Metallindustrie; Bielefeld, Kassel, Berlin und Verschlechterung der Arbeitsbedingungen durch das Vermehren der Feierschichten im Ruhrgebiet (über 5000 im Monat März), Zahl der Erwerbslosen im Bergbau, in Metall- und Textilindustrie im Zunehmen. Gesamtzahl der Unterstützten über 550 000;

4. Antreibersystem und Vernachlässigung der Schutzvorrichtungen. Unmittelbare Auswirkungen: Unglück von Herne, Dortmund, Reinsdorf, Zeche Matthias Stinnes in Carnap, Kesselexplosion in Hamburg, Esseneinsturz im Staatlichen Braunkohlenwerk Böhlen bei Leipzig, im Ruhrgebiet allein täglich durch Betriebsunfälle zwei Tote und über 200 Verletzte. Das Baukapital fordert in der Woche 20 Tote (dazu örtliche und bezirkliche Beispiele);

5. Steuerdruck. Von den Lasten des Dawesplanes müssen 1 250 Millionen durch Zölle, indirekte Steuern aufgebracht werden, außerdem 390 Millionen durch Beförderungssteuern. Der noch immer wachsenden Wohnungsnot (2 Millionen Wohnungen zu wenig) soll durch stärkere Anziehung der Hauszinssteuer begegnet werden. Erst am 27. März haben in Preußen die Marxblock-Parteien die Erhöhung der Hauszinssteuer beschlossen. Gewinn davon haben lediglich Hausagrarier und Baufpekulanten. Das Steuerprogramm der Luther-Regierung siehe Steuermaterial;

6. Sozialpolitik, siehe sozialpolitisches Material.

b) Beamte, Kleinbauern, Kleingewerbetreibende:

1. Beamtenabbau, Aufhebung der Beamtenrechte für untere Beamte bei der Reichsbahn-A.-G., Verlängerung der Dienstzeit, Besoldungspolitik, Erweiterung der Spanne zwischen unteren und oberen Beamten, auch bei der letzten Regelung Anfang April d. Js.;

2. Steuerpolitik. Kleinbauern und gewerblicher Mittelstand werden nach dem Steuerprogramm Luthers keine Erleichterungen erhalten, sondern werden schärfer herangezogen;

3. Wohnungspolitik. Hauszinssteuer trifft Beamte und Mittelständler, die gewisse höhere Ansprüche an die Wohnungen machten, vielfach schärfer als die Arbeiter, kein Mieter kann für die Marxparteien oder für die Parteien der Boden- und Häuserspekulation eintreten, die nach dem Lutherprogramm völlige Aufhebung jeder Wohnungszwangswirtschaft, d. h. schrankenlosen Wohnungswucher verlangen;

4. Aufwertungsfrage. Dazu besonderes Material. Die Deutschnationalen sind in ihrer Aufwertungsdemagogie völlig entlarvt. Die SPD. war als Regierungspartei gegen die Aufwertung. Sie spielt jetzt als Opposition die Rolle der Aufwertungspartei, ohne daß sie ein Mittel angeben kann, wie die Aufwertung durchgeführt werden könne;

5. Kreditpolitik. Reichsbank, Rentenbank und Plan der Industriebank verfolgen das Ziel, Kredite für alle Kleinunternehmungen, ob landwirtschaftliche und gewerbliche, zu drosseln, da Kredite des Auslandes sehr hohe Belastung der Wirtschaft darstellen. 715 Millionen Ruhrgeschenk, 50 Millionen an Reederkapital;

6. Preispolitik der Kartelle und Großagrarier. Gewerbetreibende und Kleinbauern sind der Willkür der Monopolbesitzer preisgegeben. Düngemittel, Saatgut, Kohle, Bleche, Textilien, Baustoffe usw.

4. Innenpolitische Konsequenzen.

Programm der Lutherregierung: „Die rechtliche Grundlage für die Arbeit der Reichsregierung ist die republikanische Verfassung vom 11. August 1919. Jeden Versuch, ihre Abänderung auf gewaltsame oder ungesetzliche Weise herbeizuführen, wird die Reichsregierung als Hochverrat mit allem Nachdruck abwehren und verfolgen. Die Reichsregierung wird sich im übrigen angelegen sein lassen, die Bestimmungen der Reichsverfassung oder ihrer Auswirkungen in der Richtung nachzuprüfen, daß unser Staatswesen mehr als bisher innerlich gesundet."

Der Weg der „Gesundung" läuft klar darauf hinaus, etwa noch bestehende demokratische oder republikanische Freiheiten zu beschneiden, den Staat und seine Einrichtungen noch rigoroser als bisher in den Dienst der Bourgeoisie zu stellen und die Monarchisten zu stärken:

a) größere Machtbefugnisse für den Staatsapparat, für die Bürokratie, für die Regierungen, für den Präsidenten der Bourgeoisie;

b) stärkere gesetzliche Festlegung des Ausnahmezustandes gemäß Artikel 46, Verlangen auf Einfügung eines Artikels 77a in die Reichsverfassung, um die Reichsregierung mit noch größeren Vollmachten (vor allem in bezug auf das Budgetrecht) auszustatten;

c) Beibehaltung und Verstärkung der Militarisierung der Schupo, Ausbildung der Reichswehr für den Straßenkampf, Anlegung von schwarzen Listen über alle arbeiterfreundlichen Elemente, Reinigung von allen Arbeiterfreunden und Republikanern. Zunahme der Selbstmorde bei der Schupo und Reichswehr, Zunahme der Unglücksfälle bei der Reichswehr, bei Uebungen mit Nahkampfmitteln, Reichswehrunglück bei Detmold (immerhin ist die Opferung von 80 Reichswehrangehörigen einfach als ein Schicksalsschlag hingenommen worden und hat zu keiner größeren Erregung bei der Truppe geführt);

d) Klassenjustiz. Leipziger Prozeß, Prozeß gegen die Zentrale, Vorbereitung eines Parteiverbotes;

e) Beschneidung der Versammlungsfreiheit. Alle kommunistischen Demonstrationen werden durch große Polizeiaufgebote geschützt. Der Arbeitermord von Halle. (Hierzu Broschüre empfehlen);

f) Beschneidung der Koalitionsrechte, Verhaftung von Streikposten, Verbot des Streikpostenstehens, Verhaftung von Streikleitungen (Anfang 1924), Streikverbot für Beamte.

Nichtbestätigung von Kommunisten lediglich wegen Parteizugehörigkeit in Gemeindeämtern;

g) Beschneidung der Pressefreiheit. Fast jedes kommunistische Buch, das erscheint, wird verboten und beschlagnahmt. Presseverbote sogar wegen Zitate aus dem Kommunistischen Manifest aus dem Jahre 1848 (vielleicht wird eine kommunistische Zeitung auch verboten, wenn sie die Bibel zitieren sollte aus Jesus Sirach, Kap. 34: „Wer dem Arbeiter den Lohn vorenthält, ist ein Bluthund, wer dem Armen das Brot nimmt, ist ein Mörder!");

h) „Kultur"-Politik. Die Unterdrückungsmaßnahmen allein genügen nicht. Die Bourgeoisie braucht stärkste ideologische Knebelung. Lutherprogramm: „Alle wirtschaftlichen, sozialen und steuerlichen Maßnahmen aber können für sich allein den Wiederaufbau Deutschlands nicht herbeiführen, vielmehr müssen die sittlichen Lebenswerte zu immer stärkerem Einfluß im gesamten Staatsleben

Der Geheime Staatspolizei bekanntgegeben
der NSDAP. Gau Hannover-Braunschweig
und dem Nationalsozialistischen Kampfbund
zur Verfügung gestellt

gebracht werden. Unsere auf christlicher Grundlage erwachsene Kultur muß vertieft werden. Die Reichsregierung will ihre gesamte Regierungstätigkeit von solchen sittlichen Grundgedanken durchdrungen sehen. Im Rahmen ihrer verfassungsmäßigen Zuständigkeit hofft sie ein seit langem vorbereitetes Reichsschulgesetz dem Reichstage demnächst vorlegen zu können."

Das Reichsschulgesetz soll die völlige Auslieferung der Volksschule an die Religionsgesellschaften gesetzlich festlegen und die wichtigsten Bestimmungen des Bayerischen Konkordats, vor allem im Interesse des Zentrums und der katholischen Kirche, natürlich aber auch der evangelischen Pfaffen und der Deutschnationalen, auf das ganze Reich ausdehnen. (Hier empfehlen Broschüre: Der Kampf um die Schule.) Noch vor diesem Reichsschulgesetz ist im Reichstag ein Antrag mit den Stimmen der Deutschnationalen bis zu den „marxistischen" Parteien der Demokraten und des Zentrums angenommen worden, der darauf abzielt, die vierjährige Grundschule zu beseitigen, indem festgelegt wird, daß „Hochbegabte" besonders gefördert werden sollen und bereits nach drei Jahren in eine höhere Schule überführt werden dürfen (zur hohen Begabung gehört in der Regel ein großer Geldbeutel, um Hauslehrer, Kinderfräuleins usw. auf die „hohe" Begabung loslassen zu können.)

Obwohl alle diese Pläne der SPD. völlig bekannt sind, ist sie doch in ein Wahlbündnis mit den Marxparteien eingegangen, ohne auch nur eine Bedingung in dieser Beziehung zu stellen. Die „Frankfurter Volksstimme" nannte vor dem Zustandekommen des Marxblocks Marx einen schlimmeren Reaktionär als Jarres, da er durch seine Kulturpolitik die aufwachsenden Generationen der schwärzesten Reaktion überliefert. Inzwischen hat sich natürlich die „Frankfurter Volksstimme" wie alle übrigen oppositionellen Zeitungen der Disziplin gefügt.

Zusammenfassung des einheitlichen Programmes der Bourgeoisie — Nachweis Schwarzweißrot und Schwarzrotgold sind sich in diesen Plänen gegenüber den Besitzlosen einig (PSD. als treueste Helferin), sie waren es und werden es sein — Streit? Streit um die Beute.

B) Worum streiten sich die Parteien der bürgerlichen Kandidaten?

Unsere Behauptung, sie vertreten im Grunde gegenüber den werktätigen Massen ein und dieselbe Politik haben wir an den einzelnen Tatsachen bewiesen. Danach wäre es unerfindlich, warum sie nicht nur einen Kandidaten aufstellen. Es geht um die Beteiligung an der Beute (Ausbeutungsmöglichkeiten, Kredite, Staatsverträge, Staatsaufträge) und um die Futterkrippe — Beherrschung des Apparates, Verteilung der Posten! Da ist keiner das kleinere Uebel!

I. Die Gegensätze. Die Gegenüberstellung Volksblock, Reichsblock, Schwarzweißrot, Schwarzrotgold, Republik, Monarchie ist schwindelhaft. Es handelt sich nicht um politische Anschauungen, sondern vielmehr um Gegensätze wirtschaftlicher Art, um den Gegensatz von Schwerindustrie und verarbeitender Industrie, sowie um die Gegensätze zwischen den einzelnen Konzernen. Die Grenzen sind dabei nicht scharf gezogen. Das zeigt sich schon darin, daß dasselbe Zentrum, das in Preußen und bei der Präsidentenwahl Linkspartei spielt, im Reiche die Lutherregierung unterstützt und gemeinsam mit den Demokraten ein Mißtrauensvotum gegen die Lutherregierung ablehnen half. Grundsätzlich ist auch die SPD. bereit, mit den sogenannten Rechtsparteien in eine Koalition einzutreten. Sie hat seinerzeit den von ihnen jetzt geschmähten Jarres in der Marx-Regierung unterstützt, sie führt jetzt in Sachsen mit Hilfe der Volkspartei und der Deutschnationalen sowohl die Verschlechterung der Gemeinde- und der Schulgesetze durch.

Im wesentlichen handelt es sich bei den Gegensätzen um den Kampf zwischen dem Bank- und Handelskapital und der an diese Kapitalsgruppen angelehnten verarbeitenden Industrie einerseits und andererseits der eigentlichen Schwerindustrie. Dabei fällt der Gegensatz zwischen den kleineren, nicht kartellierten Kapitalisten und den großen Konzernen zum größten Teil mit dem Gegensatz von verarbeitender und Schwerindustrie zusammen.

2. Die Führung hat gegenwärtig sowohl in der Wirtschaft wie in der Politik die Schwerindustrie, die das Monopol der stärksten kartellierten Gruppen zu verstärken versucht.

3. Die Gegensätze spielen eine Rolle

a) in der Frage der Handelsverträge (Schwerindustrie, die sowieso durch den Dawesvertrag begünstigt ist, versucht, Vorteile dadurch zu erreichen, daß sie Verschlechterungen für Fertigindustrie zugesteht).

b) Die Interessen stoßen ferner aufeinander in der Schutzzollpolitik,

c) in der Kreditpolitik: Große Kredite an die Konzerne,

d) in der Steuerfrage. Volkspartei für größte Steuererleichterungen in bezug auf Konzerne und Kartelle.

e) Die verarbeitende Industrie sieht sich besonders in der fortschreitenden Kartellierung, an der sich auch der Staat beteiligt, bedroht. (Vorstoß in der Frage der Deutschen Werke, Auslieferung der Preußischen Kaliwerke an das Kalisyndikat.

II. Der Kampf um die Hilfstruppen aus anderen Lagern, also um die Bauern und Gewerbetreibenden, die Beamten, die freien Berufe, Schichten von Arbeitern.

1. Die führenden Wirtschaftsgruppen versuchen ihre Politik durch Heranziehung und Bindung solcher Schichten zu erreichen.

a) Ein Teil wird ökonomisch interessiert (Versuche des Landbundes, die gesamte Bauernschaft für die Ziele der Junker und der Deutschnationalen Partei, also des monarchistischen Flügels der Schwerindustrie, einzufangen; ebenso wie Handwerker mit ihren Organisationen vor allem der Deutschnationalen Partei zugeführt werden. Dagegen sind freie Berufe, kleine Kapitalisten, Kaufleute in Gefolgschaft der Demokraten.

b) Ein anderer Teil wird gekauft. Das betrifft die obere Beamtenschicht, einen Teil der Mittelbeamten, sowie die Führer der Arbeiterschaft. Dieser Kauf geschieht sowohl durch Aemter, wie durch besondere Vorteile, höhere Bezahlung, darum immer größer werdende Unterschiede in Gehältern und Löhnen, schließlich durch direkten Kauf durch offene Korruption (Barmat — Kutisker — Landespfandbriefanstalt, Hoefle, Lange — Hegermann usw.)

2. Schließlich spielt eine wichtige Rolle die ideologische Bindung. Gegenwärtig wird das tollste demagogische Manöver durchgeführt, indem man den breitesten Massen klarzumachen versucht, es würde nicht ein Kampf um die Futterkrippe geführt, sondern es gehe um hohe Güter des Geistes, der Kultur, der Nation und der Menschheit, es würde die Schicksalsfrage Krieg und Frieden, Republik oder Monarchie entschieden. (Hierzu ständig das neueste Material heranziehen!!)

Dabei wagt der Reichsblock nicht zu sagen, daß er gegenwärtig für die Monarchie eintritt, und der Volksblock hat kein Programm für die Republik.

a) Die „Republikaner".

So sagen die Demokraten in ihrem Aufruf über die Wahl von Marx:

„Seine Wahl sichert den neuen Staat, sichert die allmähliche Wiedergewinnung der deutschen Freiheit nach außen, sichert den Wiederaufbau einer leistungsfähigen Wirtschaft usw."

Also der hochedle Marx ist die Sicherung.

Und das Zentrum schreibt:

„Das Volk will den Staat, der frei von Vorrechten und frei von Klassenherrschaft allen gesunden staatsbürgerlichen Kräften Lebens- und Einflußmöglichkeiten bietet. Das Volk will die Zusammenfassung aller staatsfreudigen Bürger, um den sozialen Volksstaat auszubauen und zu festigen. Das will das Volk, das will auch Marx."

Daß die Kandidatur Hindenburg überhaupt möglich war, als Platzhalter für Durchführung eines offenen Staatsstreiches — ist das „Verdienst" der SPD. und ihr „Erfolg". Ebertprozeß! Auerprozeß! Die Ziele der SPD. im Rahmen der Monarchie durchführbar.

Ein Aufruf der SPD. ist bisher noch nicht ergangen! Aber die gesamte Presse der SPD. ist auf denselben Ton gestimmt. Die einzige Garantie für Marx und seine republikanische Haltung ist Marx, derselbe Marx, der das zweite Ermächtigungsgesetz zur Beseitigung des Achtstundentages und zur Herausgabe der 3. Steuernotverordnung mit der Hauszinssteuer ausgenutzt hat, der die Stabilisierung mit Hilfe der Reichswehr und von Ausnahmegerichten durchführte, der den Dawesplan vorbereiten half und den Ruhrindustriellen die 715 Millionen Mark Entschädigung bewilligte. Der Marx als Vorsitzender der katholischen Schulvereine, der bestätigte, daß das bayerische Konkordat der Verfassung entspricht usw. usw.

Das Reichsbanner als die republikanische Schutztruppe läßt durch den Sozialdemokraten Hörsing, den Bundespräsidenten, in einer Ansprache am 5. April in Berlin feststellen:

> „Die Kunde, daß in Marx ein entschiedener Republikaner als Reichspräsidentschaftsanwärter gefunden ist, erfüllt gerade das Reichsbanner mit besonderer Freude und Genugtuung!"

Ein Aufruf, der dem Reichsbanner vom republikanischen Reichsbund, unterschrieben von Hänisch, Preuß und Luppe, geschrieben worden ist, verkündet:

„Die überparteilichen republikanischen Organisationen, Reichsbanner und Reichsbund, müssen das große Heer der Nichtwähler erfassen. Alle Wähler müssen jetzt mobilisiert werden, um der Deutschen Republik einen Präsidenten an die Spitze zu stellen, der ein überzeugter Republikaner ist."

Paul Löbe verteidigt die Kandidatur Marx mit demselben Grund:

> „Hüben der Kandidat, der auf Grund seiner Tätigkeit in den letzten sechs Jahren und seines offenen Bekenntnisses als zuverlässiger Diener der Republik gelten kann, dem auch soziale Gedankengänge nicht fremd sind!"

b) Der Reichsblock.

Aufrufe des Reichsblocks liegen noch nicht vor (Zitate sind hier nachträglich einzufügen).

Dieses Verwirrungsmanöver des Reichsblocks wie des Volksblocks kann ihnen nur gelingen, indem sie Person gegen Person stellen, Schlagwort gegen Schlagwort. Sie wollen damit die Massen ideologisch noch stärker als bisher fesseln, um um so ungestörter ihre Politik, nämlich die Politik der großen Bourgeoisie durchführen zu können.

c) Zersetzung in beiden Lagern.

Daß es um diese Politik geht, das zeigen die verschiedenen Zersetzungserscheinungen, sowohl im Reichsblock wie im Volksblock. Die Deutschnationalen haben ihre Anhänger durch nationalistische Phraseologie so stark beeinflußt und gebunden, daß sie nicht imstande sind, die von reinen Zweckmäßigkeitsgründen der Schwerindustrie geleitete Stresemannsche Außenpolitik (unter Preis-

gabe des Anspruchs auf Elsaß-Lothringen und auf die östlichen, seinerzeit Polen zugesprochenen Gebiete) als nationale Politik im Sinne der deutschnationalen Agitation verständlich zu machen. Die Aufstellung der Kandidatur Hindenburg ist auf die Rebellion der Nationalisten, die sich betrogen fühlen, zurückzuführen. Natürlich entspringt die Rebellion dabei den Schwierigkeiten wirtschaftlicher Art, die diese nationalistischen Kreise, sowohl die Junker wie die Mittelständler und Beamten, in Verbindung mit den allgemeinen wirtschaftlichen Schwierigkeiten sehr stark treffen.

Die Kandidatur Hindenburg kommt dabei den Wünschen der Volkspartei nicht genügend entgegen — sie wird dort Rebellion auslösen; das wirkt sich in Regierungskrisen aus!

Im Lager des Volksblocks rebellieren einmal die Arbeiter wegen ihrer wirtschaftlichen Forderungen, gewisse Kreise des Kleinbürgertums und die Arbeiter wegen der Kirchen- und Schulpolitik.

Beide Bürgerblocks versuchen, diese Schwierigkeiten zu überwinden, indem sie sich noch stärker auf Schlagworte konzentrieren, noch mehr die Person in den Vordergrund stellen.

Für uns kommt es gerade darauf an, zu zeigen, daß hier ein schmählicher Kuhhandel, ein schändlicher Postenhandel, eine ekelhafte Ausnutzung der Gutmütigkeit der breiten werktätigen Massen betrieben wird.

Für die einzelnen Parteien, die am Reichsblock oder Volksblock beteiligt sind und die entschlossen sind, die Politik der Schwerindustrie gegenüber dem Proletariat durchzuführen, wenn sie auch jeweils mehr die eine oder die andere Gruppe der Schwerindustrie vertreten, versuchen sie, zugleich einen bestimmten Einfluß auf den Staatsapparat und einen gewissen Nutzen für ihre Parteigänger zu erzielen. Paul Löbe hat das in dem bereits erwähnten Artikel („Vorwärts" vom 7. April) klar ausgesprochen:

„Die preußische Landtagsfraktion des Zentrums hat sich am letzten Freitag bis zum letzten Mann für die Wahl unseres Genossen Otto Braun zum preußischen Ministerpräsidenten eingesetzt. Also einen Posten gesichert, der kaum weniger Bedeutung hat, aber mehr Einfluß verschafft als der Platz des Reichspräsidenten mit seinen verfassungsmäßigen Beschränkungen. Mit der gleichen Einmütigkeit müssen wir uns bei der Präsidentenwahl für den Kandidaten Wilhelm Marx einsetzen, und wenn am 28. April Landtag und Reichstag zu ihren neuen Tagungen zusammentreten, muß es heißen: Die Monarchisten sind auf der ganzen Linie geschlagen! Wer bleibt da zurück?"

(Daß es nur um Posten geht, daß die SPD. dafür alles preisgibt, zeigt am stärksten das Beispiel der 23 in Sachsen, die vom Parteivorstand unterstützt werden. Dazu andere Beispiele aus Bezirken und Gemeinden anführen.)

Zusammenfassung: Kampf um Futterkrippe, um Ausnutzung des Staatsapparates für Profit- und Machtinteressen, kein Kampf um demokratische und republikanische Freiheiten, keine Vertretung der nationalen Interessen.

C) Die Aufgaben der Arbeiter und aller Ausgebeuteten.

I. Sollen sie wählen?

Sollen die Werktätigen zuschauen, wie sich Reichsblock und Volksblock um Hindenburg und Marx um die Aemter, um den Einfluß und um die Stimmen prügeln? Sollen die Werktätigen nicht doch zwischen Marx und dem Kandidaten des Reichsblocks wählen? Soll man nicht wählen müssen gegenüber Hindenburg, den Tannenberg- und Marneschlächter, doch den Volksmann Marx? Wir antworten: Hindenburg könnte wie Marx nur als Beauftragter der Bourgeoisie Präsident werden, und Marx ist kein Kampfkandidat. Der

Kampf gegen Hindenburggefahr wird nicht mit Stimmzettel, sondern durch wirklichen Kampf entschieden. Eine blöde Illusion, als könnte die monarchistische Gefahr durch Stimmzettel gebannt werden.

II. Die Kampfziele.

1. Es geht nicht um die Frage für Werktätigen: wer soll Riemen aus der Haut des Proletariats schneiden, es geht nicht um die Verteilung von Lasten und „positiven Ergebnissen" der Politik zwischen Proletariat und Bourgeoisie, sondern es muß für das Proletariat um das Aufhören von Ausbeutung und Unterdrückung gehen, um wirkliche Sicherungen seiner Freiheit gehen.

2. Darum kann es kein Bündnis mit der schwarzrotgoldenen Bourgeoisie gegen die schwarzweißrote Bourgeoisie geben. Das wäre die bedingungslose Unterordnung unter die schwarzweißrotgoldenen Bourgeoisiepläne, diktiert von der internationalen Bourgeoisie (Dawesplan) und geleitet von dem Willen zu neuer eigener imperialistischer Politik (Garantiepakt).

III. Notwendigkeit der Herstellung der roten Klassenfront aller Werktätigen für den gemeinsamen Kampf gegen die Raubpläne der Bourgeoisie.

1. Diese Notwendigkeit ist für das Proletariat am größten.

a) Die Forderungen für den Kampf um den Achtstundentag, um ausreichende Löhne, um Sicherstellung und Erweiterung der Rechte der Betriebsräte, größere Betriebssicherheit, Verbesserung der Sozialpolitik, gegen den Steuerdruck, für die einfachsten demokratischen und republikanischen Rechte und gegen die neue imperialistische Kriegsgefahr.

b) Dieser Kampf ist zunächst ein Kampf um Tagesforderungen, um einfache Reformen. Auch die werden von der Bourgoisie abgelehnt, weil sie deren Machtpläne stören. Darum Notwendigkeit des Machtkampfes unter Führung des Proletariats (weg mit der Lutherregierung, Entwaffnung der Reichswehr, Entmilitarisierung der Schupo, weg mit dem Staatsgerichtshof, frei mit den politischen Gefangenen, Sicherstellung der Versammlungs-, Presse- und Koalitionsfreiheit) mit dem Endziel der Eroberung der politischen Macht und der Errichtung der proletarischen Diktatur, Bündnis mit Sowjetrußland.

c) Gewerkschaftseinheit.

Gegenüber dem Einheitsgerede von Reichsblock und Volksblock, das über die Klassengegensätze hinwegtäuschen soll (auch für die SPD. existiert der Klassenkampf nicht einmal mehr auf dem Papier) stellen wir die Forderung der Herstellung der nationalen und internationalen Klassenfront gegen die nationale und internationale Bourgeoisie. Darum verlangen wir als erste Vorbedingung dazu die Herstellung der nationalen und internationalen Gewerkschaftseinheit. Wer für diese Forderungen eintritt, kann unmöglich für den Volkskandidaten Marx eintreten, weil er an Stelle des Kampfbündnisses aller Ausgebeuteten das Bündnis mit der schwarzrotgoldenen Bourgeoisie (Thyssen, Klöckner, Siemens usw.) propagieren und den Klassenkampf sabotieren müßte. Es gilt, zu werben für den Masseneintritt in die freien Gewerkschaften und für die Herstellung der gewerkschaftlichen Einheit, nicht nur gegenüber den Plänen der deutschen Bourgeoisie, die sie auch bei der Präsidentenwahl verfolgt, sondern gegenüber allen drohenden Gefahren: wenige Tage nach der Präsidentenwahl ist der 1. Mai, der zu einem Kampftag gegen die internationale Bourgeoisie werden muß. Wie kann man am 1. Mai für den Klassenkampf demonstrieren, wenn man am 26. April für das Bündnis mit der Bourgeoisie demonstriert. (Hier Maiaufruf des IGB. und des ADGB. erörtern, vor allem Aufruf des ADGB. geißeln — überhaupt, wo bleibt der ADB., der den Aufruf nicht unterzeichnet hat —, der kein Wort für den Kampf gegen die Bourgeoisie findet, sondern im Rahmen der SPD.-Politik auffordert, macht die Maifeier zu einer wirksamen Kundgebung für die Republik! Er wagt nicht, in der Zeit der

Agitation für Marx die Sätze des IGB. zu übernehmen, die allerdings auch durchaus unzulänglich sind: „Es ist genug, wie wollen nicht länger von einer kleinen Gruppe kapitalistischer Nutznießer, die nur an ihren eigenen Vorteil und ihren eigenen Profit denken, beherrscht werden. Wir wollen nicht länger die Beute einer Kaste sein, die im Interesse ihres eigenen Wohlbefindens und ihres eigenen Glücks (von imperialistischen Machtplänen spricht der IBG. nicht) das Wohlbefinden und Glück des Proletariers und seiner Familie zerstört. Wir wollen frei sein vom kapitalistischen Joch!" Gerade am 1. Mai muß das deutsche Proletariat demonstrieren: Für die Rückeroberung des Achtstundentages, für die Freilassung der proletarischen Gefangenen, für die Beseitigung der Lutherregierung, gegen neuen imperialistischen Krieg, für die Herstellung der gewerkschaftlichen Einheit, für die Minimalforderungen, die von den Gewerkschaften durchgeführt werden müssen.)

d) Betriebe.

Der Kampf für die proletarischen Interessen muß ebenso in den Betrieben geführt werden. Darum kämpfen wir für rote Betriebsräte, die sich nicht in den Dienst der schwarzrotgoldenen Politik stellen.

e) RFB.

Gegen das Angebot der deutschen Bourgeoisie, die deutschen Proletarier für einen neuen imperialistischen Krieg als Kanonenfutter zur Verfügung zu stellen (die Schwarzrotgoldenen unterstützen das trotz ihres Friedensgeschwätzes und gerade durch die damit geschaffenen Illusionen), braucht das Proletariat die Stärkung des roten Frontkämpferbundes. Am wichtigsten aber ist die Zerstörung jedes Einflusses der für das Proletariat gefährlichsten Partei, der SPD. und die Verstärkung der einzigen Partei, die wirklich Arbeiterinteressen vertritt, der Kommunistischen Partei, trotz der Verfolgungen, trotz Maßregelungen, trotz der ungeheuren Hetze.

f) Partei.

Die Arbeiter sollen vergleichen die Taten der II. und III. Internationale. Sie sollen vergleichen die Politik von Mac Donald und Ebert mit der Politik Lenins. (Hier auf Bildertraktätchen Ebert-Lenin verweisen.) Sie sollen vergleichen Dawes-Deutschland mit Sowjetrußland. Auszüge aus dem Bericht der englischen Gewerkschaftsdelegation, die in der Parteipresse veröffentlicht worden sind.

Hier stark Aufgabe, Frauen und Jugend zu gewinnen, hervorheben.

2. Kampfbündnis aller Werktätigen.

Gerade Rußland bietet ein Beispiel, wie den Werktätigen, in diesem Falle den Bauern, allein durch das Kampfbündnis mit dem Proletariat und unter Führung des Proletariats geholfen werden kann. Die Bourgeoisie mißbraucht die Mittelschichten zur Durchführung der Bourgeoisiepolitik. Kein Versprechen ist wahrgemacht worden, weder in der Aufwertungs-, noch in der Kreditfrage. In der nationalen Frage wird alles preisgegeben, wenn es um die Profitmöglichkeit und Sicherung geht. Die III. Internationale ist der einzige Hort aller Ausgebeuteten, auch der einzige Hort der nationalen Selbständigkeit. In Rußland gibt es eine deutsche Republik, die wirklich freier ist als Dawes-Deutschland oder gar das Saargebiet und die abgetretenen deutschen Provinzen. Sowjetrußland stützt die Unabhängigkeit der Türkei, Chinas usw. usw.

Aussichten des Kampfes?

Ist die Revolution nicht tot, wie der „Vorwärts" behauptet? Die Bourgeoisie konnte sich eine Atempause sichern, aber eben nur eine Atempause; die Krise ist nicht überwunden. Die Atempause war möglich durch Spaltung des Proletariats. Das ist der wichtigste Hilfsdienst der SPD. und der Gewerkschaftsbürokratie. Darum umso energischer die Forderung der Einheitsfront.

IV. Die Rettung aller Ausgebeuteten wird nicht durch Wahlen, sondern nur durch Kampf, durch direkten Machtkampf, der sich aus Kämpfen um Reformen entwickelt, und der unter klarer revolutionärer Führung der Kommunistischen Partei stehen muß, herbeigeführt werden. Gerade darum soll sich niemand bei einer Wahl irreführen lassen. Gerade darum soll jeder für die Wahl werben. Wir wollen nicht die Phrase des „kleineren Uebels" dulden. Wir bilden uns nicht ein, daß wir durch Wahl den Präsidentschaftsposten dieser bürgerlichen Republik gewinnen können.

Es kommt uns darauf an, diese Wahl zur größtmöglichsten Aufklärung, zur Stärkung unseres organisatorischen Einflusses, zur Losreißung breitester Massen von der kleinbürgerlichen Ideologie und sozialdemokratischer Führung zu erreichen und sie in der roten Klassenfront für die wirklichen Auseinandersetzungen zu sammeln.

Jede Wahlenthaltung und jede Stimme für den schwarzweißroten oder schwarzrotgoldenen Kandidaten wird von der Bourgoisie und den Korruptionisten als Ermutigung für ihre Politik aufgefaßt, sie sehen darin eine Kundgebung der Zufriedenheit. Am 26. April und am 1. Mai gilt es, zu demonstrieren gegen alle Taten der Bourgeoisie und ihrer Agenten und gegen ihre noch schlimmeren Pläne. Stimmenthaltung wird die Bourgeoisie übermütig machen, weil sie tatsächlich der Ausdruck dafür ist, daß die Massen noch nicht gesammelt sind, wenn sie auch nicht aktiv der Bourgeoisiepolitik zustimmen. Darum gilt es, zu werben (besonders auch am Wahltag, Schlepperdienst) für den einzigen Kanditen, der ein wirklicher Volkskandidat, nämlich ein Kandidat des werktätigen Volkes ist und für den Kampfkandidaten, der der einzige Vertreter aller Ausgebeuteten gegen die Raubpläne der Bourgoisie ist, für Ernst Thälmann, d. h. für das Kampfbündnis der Arbeiter mit den Bauern und den übrigen Werktätigen, für die Arbeiterrepublik, gegen die monarchistische Bourgeoisierepublik.

Dazu die Schlußforderungen aus dem Aufruf der Zentrale.

Druck von Max Noster, Berlin SW 68, Alexandrinenstr. 110.